

auch die Zustimmung Panamas fand. Denn auch für den zweiten Vertrag wollten bestimmte Kreise des Senats den gleichen Vorbehalt einbringen. Er wurde auch aufgenommen, jedoch dann mit einem weiteren Zusatz versehen, der ihn wieder entschärfen soll: „Keine Aktion seitens der USA, die entsprechend den Verträgen und Ratifikationsresolutionen unternommen wird, um den Kanal geöffnet, sicher und zugänglich zu halten, ist gegen die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit Panamas gerichtet.“

Abhängigkeiten bleiben

Sowohl die US Catholic Conference als auch der *Nationalrat der Kirchen der USA* und der *Synagogenrat von Amerika* brachten abschließend ihre Genugtuung über das Vertragswerk zum Ausdruck. In Panama wurde das Ergebnis als Ansporn empfunden, nun auch den Erwartungen gerecht zu werden. Die vertraglich festgelegten finanziellen Zuwendungen und Beteiligungen am Gewinn des Kanals

gelten vielfach als letzter Rettungsanker in der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die katholische Kirche des Landes, die jahrelang Angriffen der Regierung ausgesetzt war, hat durch ihren unermüdlichen Einsatz für die Verträge stark an Prestige und Einfluß gewonnen. In einem am 23. April in allen Kirchen verlesenen Hirtenbrief begrüßten die Bischöfe den historischen Schritt, verhehlten aber nicht die Notwendigkeit, nun gemeinsam die Vorteile des Vertragswerks zum Wohle des Volkes zu nutzen. Während General Torrijos eine Art Amnestie für emigrierte Oppositionelle und baldige Wahlen ankündigte (die geringe Zustimmung von 66 Prozent zu den Verträgen bei der Volksabstimmung im Oktober 1977 wurde als Ausdruck der Ablehnung des Generals ausgelegt), warnte der panamaische Jesuit und Wirtschaftswissenschaftler *Xavier Gorostiaga* vor allzuviel Optimismus, denn allein schon die Praktiken des den Bananenmarkt beherrschenden Konzerns „United Fruits“ mache die weiterbestehende Abhängigkeit von den USA mehr als deutlich. N. S.

Neue Kursbestimmung für die indischen Katholiken?

Wenn auch momentan die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Indiens wieder einmal ungewiß ist und mancher euphorische Eifer der ersten Wochen nach dem Sturz von Indira Gandhi und dem Sieg der Koalition um Ministerpräsident *Morarji Desai* verflogen ist, so läßt sich doch nicht übersehen, daß der Wechsel der politischen Szene in den Reihen der katholischen Kirche Indiens einiges in Bewegung gesetzt hat. Dadurch könnte in Zukunft ein gänzlich anderes Bild der Kirche bestimmend werden. Wichtige Etappen hierbei bildeten die jüngste Tagung der indischen Bischofskonferenz, das entschiedene Eintreten der Kirche für soziale Gerechtigkeit in Goa und die Aktivierung der Laienarbeit. Schließlich machen sehr unterschiedliche Auftritte einer

eigenständigen Pfingstbewegung und einer überraschend aktiven Traditionalistengruppe deutlich, welche Auswirkungen auf das Gesamtgefüge und auf das Erscheinungsbild der Kirche aus diesen Neuüberlegungen und Neuanfängen erwachsen können.

Bekenntnis zur Armut

In der letzten der im Rhythmus von zwei Jahren abgehaltenen Vollversammlungen der indischen Bischöfe, die vom 9. bis 17. Januar am St. Joseph's Seminary in Mangalore stattfand, befaßten sich die 95 Bischöfe und Weihbischöfe in erster Linie mit dem Hauptthema „Die Antwort der Kirche auf die dringendsten Bedürfnisse des Landes“. Bereits das Eröffnungsreferat

von Kardinal *Lawrence Picachy SJ* (Kalkutta), dem Präsidenten der Bischofskonferenz, machte die Grundstimmung und das besondere Anliegen der Bischöfe deutlich. Der Kardinal forderte die Bischöfe schlicht auf, ihr Gewissen zu prüfen, ob sie „die Kirche der Armen darstellten“. Immer mehr junge Menschen distanzieren sich von der Kirche, weil sie in ihr wenig oder nichts von der authentischen Botschaft Jesu Christi wiederfinden. Wörtlich fügte der Vorsitzende hinzu: „Die Menschen wollen heute eine Kirche der Armen, die sich schlicht und einfach gibt, sich für Gerechtigkeit und andere menschliche Werte einsetzt und nicht an überkommenen Interessen klebt.“ Er verlangte mehr Einsatz für soziale Gerechtigkeit und einen überzeugenden Beitrag der Kirche zur Überwindung der Armut. Er forderte aktiven Widerstand gegen jegliche Diskriminierung, die Sicherung der Grundrechte besitzloser Landarbeiter und Werktätiger, gleiche Rechte für alle indischen Bürger, wirtschaftliche und soziale Befreiung, Abbau un gerechter Strukturen, Kampf gegen Korruption und die Sicherung der Rechte von Christen der „eingetragenen Kasten“. Innerhalb der Kirche müsse parallel dazu eine Verbesserung kirchlicher Institutionen erfolgen, so daß diese mehr der Wahrheit und Gerechtigkeit dienen, und eine Aktivierung der Laien stattfinden, damit sie mehr als bisher voll und ganz am Apostolat der Kirche teilnehmen können.

Das Referat von Kardinal Picachy bildete die Grundlage für die Diskussion im Plenum. Als Ergebnis ihrer Erörterungen legten die Bischöfe am Ende der Konferenz zwei Dokumente vor. Eines nannte die wichtigsten Antworten der Kirche auf die dringendsten Bedürfnisse des Landes, enthielt jedoch nicht alle von Kardinal Picachy eingangs erwähnten Schwerpunkte. Das andere wurde anlässlich des zehnten Jahrestages von „*Humanae Vitae*“ veröffentlicht. In dem Hauptdokument äußern sich die Bischöfe zunächst allgemein zu Fragen der Gerechtigkeit und greifen dann konkrete Punkte zum gesellschaftlichen Engagement der Kirche heraus. Die Verfasser äußern

die Überzeugung, daß die Erklärung der Römischen Bischofssynode von 1971 heute eher noch aktueller und dringlicher sei als damals. Wenn dort das Engagement für die Gerechtigkeit und die Mitwirkung an der Umwandlung der Welt als „konstitutive Dimension der Verkündigung des Evangeliums, nämlich der Sendung der Kirche zur Erlösung und Befreiung der Menschheit von jeglicher Unterdrückungssituation“, bezeichnet werde, so spreche daraus die Aufforderung an die Kirche, sich einzuschalten in die mächtige Bewegung für Gerechtigkeit in Indien. Mit Recht erwarteten die Leute von den Bischöfen, daß sie beim Aufbau einer gerechten Gesellschaft führend seien. Das Problem könne aber nicht von den Bischöfen allein angefaßt, viel weniger noch gelöst werden. Dies sei vielmehr Sache der ganzen christlichen Gemeinschaft, in Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens. Der wesentliche Beitrag, den die Kirche zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft leisten könne, sei die „Hinwendung zu Gott durch die Kraft Jesu Christi“. Es könne nicht nur darum gehen, Hilfe irgendwelcher Art zu leisten, sondern sich selbst zu geben: „Wir möchten die vielen Wunden der Menschheit heilen, aber wir tun es, weil wir an Jesus Christus glauben, auf ihn hoffen und ihn lieben.“ Die Bischöfe gestehen ein, daß es zu Frustrationen und Enttäuschung führen könne, für die volle Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft als Ganzes zu arbeiten, „außer wir schöpfen ständig aus den Quellen lebendigen Wassers“.

Sicherlich im Hinblick auf nicht zu übersehende Divergenzen innerhalb der katholischen Gemeinschaft Indiens fügen die Bischöfe hinzu, sie könnten nicht die Macht Christi anrufen, wenn man nicht eins sei in seinem Namen. Konkreter heißt es dann, Bischöfe, Priester und Ordensleute müßten einander vertrauen, wenn das christliche Apostolat wirksam sein solle. Die Betonung des gegenseitigen Vertrauens und des Verhältnisses von Mensch zu Mensch könne nicht groß genug sein.

Bei den vielen Werken der Nächstenliebe und der Dienstleistungen in

kirchlichen Institutionen bestehe immer das Risiko eines zu unpersönlichen Einsatzes. Aufgabe der Kirche aber sei es nun einmal, mehr in Menschen als in Material zu investieren. Niemand, der von der Kirche in irgendeiner Weise betreut wird, dürfe zu einer Nummer degradiert werden. Die Bischöfe erwähnen, daß sie die „Caritas India“ von einer Organisation, die in erster Linie auf Projekte bedacht ist, in eine solche umformen wollen, in der sich die tiefe Besorgtheit der Kirche um die bedürftigeren Mitmenschen kundtue. Christliche Gerechtigkeit erschöpfe sich nicht darin, schlecht bezahlten Arbeitern zu besseren Löhnen zu verhelfen, für die Rechte der Unterdrückten einzutreten und die Wunden einer ungerechten Gesellschaft zu heilen. Sie gehe vielmehr weit darüber hinaus. Das Dokument macht deutlich, daß die Bemühungen um die Besserstellung der „Rückständigen und mit Füßen Getretenen“, besonders unter den *Kastenlosen*, nicht bloß eine Sache von finanziellen Zugeständnissen und Privilegien ist. Die Betroffenen brauchten vielmehr Achtung, um so ihrerseits Selbstachtung, Selbstvertrauen und Selbständigkeit gewinnen zu können. Als besonders bedrückend wird die Notlage der Christen kastenloser Herkunft bezeichnet, für deren Interessen sich die Bischöfe ganz besonders verwenden. Auf verschiedenen Ebenen versuchen sie seit langem gemeinsam mit der Vertretung der Laien bei den zuständigen Instanzen und Behörden zu erreichen, daß die Benachteiligten, die diese Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit gegenwärtig noch erfahren müssen, bald ein Ende finden.

Konkrete Aufgaben

Auf die Diskriminierung in ihren vielfältigen Erscheinungsweisen richten die Bischöfe ein Hauptaugenmerk. Wenn Diskriminierung gar innerhalb der Kirche geübt werde, dann werde sie zu einem Gegenzeugnis für die Werte des Evangeliums. Beklagt wird ferner ein allgemeines Schwinden moralischer und geistlicher Werte. Von den Erziehungsanstalten und ganz be-

sonders von denen, die von Kindern privilegierter Klassen besucht werden, heißt es in dem Dokument, sie sollten Träger sozialer Neuerungen werden und Mittel und Wege finden, die Schüler zu sozialem Denken und zu Mitgefühl für die Minderprivilegierten zu erziehen. Eindeutig ist die Aussage, in Zukunft sollten verstärkt ärmere Kinder aufgenommen werden und die Erziehungsarbeit insgesamt solle mehr auf nichtformellen Unterricht und auf Erwachsenenbildung verlagert werden.

Auch bei den *kirchlichen Gesundheitsdiensten* werden Änderungen angestrebt, die zur Hebung der Glaubwürdigkeit beitragen sollen. Sie sollen nun primäre Gesundheitspflege in die Bevölkerung bringen, und zwar in erster Linie in den Landgebieten und in den Armenvierteln der Städte. Die Bischöfe sehen die sich aus dieser Umstellung und Ausweitung des Gesundheitsprogramms wahrscheinlich ergebenden Probleme, bringen aber die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Ordensgemeinschaften die Umstellung der Routine verkraften und dabei mitwirken, daß die Ausbildung demnächst darauf angelegt wird, auf die neuen geistlichen Herausforderungen, die gestellt werden, vorzubereiten. In den Entwicklungsunternehmen in kirchlicher Trägerschaft schließlich soll die Kirche nach Ansicht der indischen Bischöfe mehr auf die menschliche Person bedacht sein und sich unablässig vor der Gefahr eines rein institutionalisierten Dienstes hüten.

Am Ende des Papiers unterstreichen sie noch einmal die Bedeutung eines starken Engagements der Laien in Politik, Verwaltungsdienst, Gewerkschaften usw. Da auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit so viel von einer angemessenen Gesetzgebung und ihrer Durchführung abhängt, könnten Laien in den entsprechenden Positionen nicht nur auf die Formulierung der Gesetze Einfluß nehmen, sondern auch ihre Durchführung gewährleisten.

Das Ergebnis der Bewertungen in Form dieses Dokuments wirkt nicht nur auf den fernen Beobachter, son-

dern auch auf die indischen Katholiken enttäuschend. Im Grunde merkt man nur wenig von den intensiven Vorbereitungen dieser mit viel Vorschlußloberungen versehenen Konferenz. Frühere Beschlüsse gingen bereits weit über das jetzt Fixierte hinaus, doch in der Praxis hat sich bis heute wenig geändert. Es fehlt an überzeugenden Modellen und an dem echten Durchbruch zu einer tiefgreifenden Reform, nachdem Resolutionen und Dokumente nun in ausreichender Zahl vorliegen. Die Bischöfe und die Kirche Indiens werden später nicht nach den Papieren, sondern nach ihren Handlungen und Haltungen beurteilt.

Treue zum Papst

Die Erklärung zum *zehnten Jahrestag der Enzyklika „Humanae Vitae“* enthält praktisch keine neuen Aussagen, sondern bekräftigt noch einmal die volle Unterstützung der indischen Bischofskonferenz für dieses Dokument und die Haltung des Papstes. Wörtlich heißt es: „Wir bekräftigen heute von neuem unsere Übereinstimmung mit der Lehre des Papstes. Vielleicht deutlicher als in irgendeinem anderen Land der Welt haben wir hier in Indien gesehen, daß der Stellvertreter Christi mit seiner mutigen Haltung recht hatte.“

Nach dieser Anspielung auf das Zwangssterilisationsprogramm der letzten Regierung empfehlen die Bischöfe, den Jahrestag zum Anlaß zu nehmen, „die Heiligkeit des Lebens vom ersten Augenblick der Empfängnis an und Ehrbarkeit des Aktes, durch den ein Ehepaar an der Schöpferkraft Gottes teilhat, von neuem zu bekräftigen. Der Anlaß soll auch dazu dienen, die positiven Lehraussagen der Enzyklika hinsichtlich des Ehelebens und seiner Werte zu unterstreichen“. Den katholischen Krankenhäusern des Landes wird nahegelegt, sich voll und ganz für die „natürliche“ Familienplanung einzusetzen. Dieses Programm soll möglichst Teil eines umfassenderen Programms für Familienfürsorge bilden. Es fehlt nicht an der Mahnung für Prediger, Beichtväter und Theologen, sich „besser mit der verzweifelten

Lage unseres Volkes bekannt zu machen und sich vor Augen zu halten, daß sie in der Ausübung ihres Dienstes das Verständnis und Mitleid zeigen sollen, das der Heilige Vater eindringlich empfiehlt und dessen Vorbild die Geduld und die Güte Christi selbst sind, der „wohl unversöhnlich mit der Sünde, aber barmherzig mit dem Sünder war“ (Humanae Vitae, 29). Dann wird die Mahnung präzisiert: „Die Heilslehre Christi in keiner Weise einzuschränken ist überdies eine hervorragende Form von Nächstenliebe. Deshalb sollen sie es unterlassen, persönliche Ansichten zu vertreten, die im Gegensatz stehen zur klaren und unmißverständlichen Lehre der Kirche.“ Beim Klerus blieb das Dokument nicht ohne Widerspruch.

Bewährung im Alltag notwendig

Zu den weiteren wichtigen Beschlüssen der Konferenz zählen die Forderung nach einer *Neuorientierung der Seminare* und *neue Richtlinien für den religiösen Dialog*. Von den Seminariisten wird eine stärkere missionarische Einstellung erwartet. Grundsätzlich will man sich für eine theologische und geistige Neuorientierung einsetzen, da – wie es hieß – derzeit teilweise untragbare Zustände herrschen. In den Dialog-Richtlinien wird neben Aussagen zum Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen auch der Dialog mit dem Atheismus angesprochen. Theoretischer Atheismus, so heißt es in dem Papier, sei in Indien kein dringendes Problem, doch gebe es viel praktischen Atheismus, hervorgeufen durch Industrialisierung, Urbanisierung und den Zusammenbruch traditioneller Strukturen.

Was es bedeutet, die kirchlichen Prinzipien der Empfängnisverhütung durchzuhalten und sich uneingeschränkt einzusetzen, bekam die Kirche in der Regierungszeit von Frau *Indira Gandhi* zu spüren, als sie praktisch die Protestbewegung gegen die Zwangssterilisationen initiierte (vgl. HK, Juni 1976, 285 ff.). Was konkret der uneingeschränkte Einsatz für soziale Gerechtigkeit bedeutet, erfuhr

Bischof *Raul Goncalves*, der Erzbischof von Goa und Dman, als er vom Chief Minister von Goa, Frau *Shashikala Kakodkar*, beschuldigt wurde, sich in politische Angelegenheiten eingemischt zu haben. Ihm wurde vorgeworfen, die Priester aufgefordert zu haben, für die Fischer zu beten, die durch die motorisierten Fischfangflotten in ihrer Existenz bedroht sind (vgl. NCNS, 6. 3. 78/3. 5. 78). Da die nach einiger Zeit gemachten Zugeständnisse und Versprechen zur Abhilfe seitens der Regierung nicht eingehalten wurden, kam es zu einem Hungerstreik der Betroffenen und zu mehreren von Katholiken einberufenen Solidaritätsaktionen, die das Ansehen der Kirche bei der Bevölkerung gesteigert haben, bei der Regierung jedoch auf wenig Verständnis stießen.

Schwierigkeiten ergeben sich aber auch daraus, daß die „Katholische Union von Indien“, eine Laienorganisation, die die acht Millionen Laien des Landes vertritt, unverblümt die unterlegene Kongreßpartei im letzten Wahlkampf unterstützte und daß eine zwar kleine, aber äußerst aktive Traditionalistengruppe das Engagement der Kirche im Bereich der Entwicklung zu torpedieren versucht. Diese sich selbst „All India Laity Congress“ (AILC) bezeichnende Gruppe wendet sich gegen „Erneuerungs-Mißbräuche“ in der Kirche. Die Bischöfe von Tamil Nadu distanzieren sich jetzt unmißverständlich von dieser Gruppe und ihren beiden Publikationen „Thondam“ und „Saram“ (vgl. NCNS, 13. 4. 78), weil sie – wie es hieß – Mißtrauen und Zwietracht säen. Im übrigen hat die Bischofskonferenz selbst noch einige Mühe, ihre frühere Unterstützung für Indira Gandhi und ihr langes Schweigen während des Ausnahmezustandes zu begründen und irgendwie wettzumachen. Man scheint auf ein gutes Einvernehmen mit der Janata-Partei zu hoffen, weil anläßlich der Amtsübernahme durch den neuen Ministerpräsidenten Morarji Desai mehr als einmal vom Glauben an Gott und dem Vertrauen auf ihn die Rede war (vgl. The Herald, 8. 4. 77). Dies allein aber dürfte weder eine Garantie noch ein Freibrief sein. N. S.